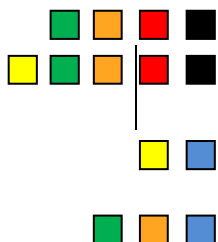


Entwicklungsstrategie Kanton Zürich – Handlungsfelder für eine effektive Aufgabenbewältigung



- Handlungsfeld Finanzplatz: Erhaltung und Förderung als zentraler Wirtschaftsfaktor
- Handlungsfeld Industrie und Engineering: Förderung der Clusterstrategie und Unterstützung in der globalen Vernetzung der KMU. [→ im Sinn einer Förderung](#)
- Handlungsfeld Familie und Beruf: wertefreie und nachfragegerechte Bereitstellung von Infrastruktur als Basis für die Entscheidungsfreiheit in der Wahl des Familienmodells
- Handlungsfeld Nachhaltigkeit: Verzicht auf Verbote, Ausbau von (fiskalischen) Anreizsystemen, Verzicht auf Industriepolitik, Unterstützung von Privatinitiativen.

1.1. Raumplanung, Standortentwicklung



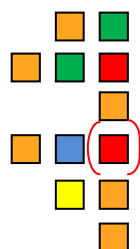
- Initialisierung einer Zonen-Marktplattform für Gemeinden im Wirtschaftsraum Zürich mit dem Ziel, Arbeitsplatzzonen auf gut erschlossene Gebiete zu fokussieren und Wohnzonen lokal entsprechend der Nachfrage zu erweitern. Beim Abtausch von Zonen sind die Rechte beziehungsweise die Zustimmung der Eigentümer vorauszusetzen. Abtausch nur gegen volle Entschädigung.
- Handlungsfeld Lebens- und Umweltqualität (Wachstumsgeschwindigkeit): Wachstumsziel jährlich 1%. Umsetzung preisneutral in den Bereichen Boden, Infrastruktur und Abwanderung.
- Es ist ein prosperierender Flughafen zu gewährleisten. Über- und Anflugsrechte sind in allen bilateralen Verträgen mit einzubeziehen (EU und Deutschland).
- Es ist eine bessere Nutzung der von der Landwirtschaft nicht mehr benötigten Gebäude anzustreben (Wohn- und Gewerbenutzung).
- Die Zonen-Plattformen sind im Sinne einer Vision auch auf die Nachbarkantone auszudehnen, gibt es doch bereits Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm des Bundes.

1.2. Bildung, F&E



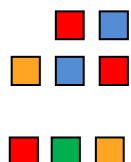
- Ausbau- und Standortoptimierung der Universitäten und Hochschulen (Infrastruktur Forschung in den strategischen Feldern Nanotech, Biotech/Medtech, Cleantech/Sustainability, IT, Management, Design/Künste)
- Akkreditierung internationaler Schulen (Gleichbehandlung analog Ausgleichsleistungen von verschiedenen Schulgemeinden)
- Für den Finanzplatz Zürich ist eine hervorragende Aus- und Weiterbildung in Wirtschaftsfächern von grosser Bedeutung. Es gilt, der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität ihre europäische Spitzenposition zu stärken.

1.3. Finanzen, Steuern, Abgaben



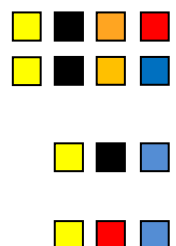
- Steuerliche Erleichterung von F&E
- Steuerabzüge für Weiterbildung und Umschulung
- Steuerbefreiung von Stiftungsbeiträgen und Donationen
- Abbau bzw. Übernahme von Admin. Aufwand für KMU oder deren Abgeltung durch die Verwaltung
- Anreizstrategie für Verdichtung (für Eigentümer, Nachbarn, Standortgemeinde)
- Rückbau der Staatsquote: Wettbewerbsorientierte Steuer-, Gebühren und Abgabenbelastung, insbesondere in Bezug auf Grenzsteuersätze, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Energie und Logistik, Belastung Wohneigentum usw. Reduktion Kapitalsteuer. Steuern, Gebühren und Abgaben müssen entsprechende, vergleichbare Leistungen gegenüber stehen.
- Beiträge bezüglich des Grundeigentums sind für die Eigentümer auszugeben oder mit steuerlichen Anreizen zu kompensieren.
- Erträge aus Abgaben (Öl und Treibstoff) sind zweckgebunden einzusetzen

1.4. Arbeitsmarkt



- Arbeitsbewilligung für internationale Fachkräfte (Pooling Kontingente, Liberalisierung gegenüber BRIC-Staaten analog zur USA)
- Verwesentlichung der kantonalen Sozialausgaben (Standards für Umverteilungs-, Subventions- und Vergünstigungs- bzw. Verbilligungsleistungen des Kantons, Abbau von Fehlanreizen, Rückbau von Empfängerkreisen, Stützung der „Working Poor“)
- Handlungsfeld Arbeitslosigkeit: Strategie zum Abbau der Sockelarbeitslosigkeit sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Integration bildungsferner und/oder Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund.

1.5. Infrastruktur, Umwelt



- Erweiterung S-Bahnnetz mit Fokus Arbeitskräftenachwuchs
- Die vorausschauende Investitions- und Verkehrspolitik sichert und entwickelt die wettbewerbsfähige, nachfragegerechte internationale Erreichbarkeit des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Zürich
- Die Verkehrs- und Umweltpolitik berücksichtigt technologische Entwicklungen und erweitert damit Nutzungs- und Investitionsspielraum für steigende Mobilitätsbedürfnisse im Wirtschaftsraum
- Förderung touristische Infrastruktur (Fokus Business, F & E, Gesundheit, Kultur)



- Sicherstellung von Versorgungsautonomie, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähigen Tarifen in der Energieversorgung des Wirtschaftsraumes.
- Der öffentliche und der Individual-Verkehr dürfen sich nicht gegenseitig ausschliessen. Ferner gilt es, eine wirtschaftlich vernünftige Parkplatzstrategie zu erarbeiten.
- Gewährleistung der Energieversorgung. Kostengerechte Strompreisbildung. Es sind Stromkosten im Rahmen der EU-Staaten anzustreben.
- Die Flughafenpolitik ist ausdrücklich zu erwähnen. In der Investitions- und Verkehrspolitik ist der Flughafenpolitik ein besonderes Augenmerk zu schenken. Die Strategie muss sich gegen eine Beschränkung der Entwicklungsperspektiven des Flughafens Zürichs aussprechen.
- Bei der Energie ist es richtig, die Versorgungssicherheit zu postulieren. Eine Autonomie zu verlangen wäre aber unvereinbar mit Grundsätzen einer arbeitsteiligen Wirtschaft und der eidgenössischen Energiepolitik.
- Für den ACS Zürich ist in Sachen Verkehr wichtig, dass endlich der bestehende kantonale Richtplan umgesetzt wird. Der kantonale Richtplan aus dem Jahr 2008 wird von allen Parteien getragen und ist das Planungsinstrument des Kantons, in dem sämtliche Vorhaben niedergeschrieben sind. Man müsste diese Arbeiten nur machen und ausführen und nicht laufend neue Dinge erfinden.

1.6. Organisation



- Verkürzung Planungsverfahren bzw. Umbau Planverfahren (Generalgenehmigung für Bauten im Rahmen der bestehenden Gesetze mit Bussen- und Abbruchverfahren bei Zuwiderhandlungen), Straffung der Bewilligungs-, Beschwerde- und Rekursverfahren.



- Förderung des Gesundheitsstandortes Zürich (Effizienzverbesserung im Mitteleinsatz, Bereinigung Struktur und Angebot, Förderung Deckungsbeiträge über internationalen Patiententourismus)



- Paritätische bzw. gemischte Organisationsstrukturen für Standortentwicklung, -Politik und Promotion des Wirtschaftsraumes mit strategischen Führungsgremien
- Der Leistungsauftrag der Verwaltung ist auf das absolut notwendige zu beschränken, dementsprechend sind die personellen Ressourcen knapp zu halten.
- Energiesparmassnahmen sind durch steuerliche Anreize zu fördern.
- Es stellt sich die Frage, ob nicht ein gewisser Fokus gesetzt werden müsste: Wer macht genau was?